



19.05.2020

Stimmen zu Corona (1/3)

Réflexions sur le coronavirus (1/3)

Riflessioni sul coronavirus (1/3)

Gabriel Fischer, Travail.Suisse

Klatschen vom schönen Balkon aus darf nicht reichen: Mehr Anerkennung, höhere Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen für Berufe mit hohen Frauenanteilen

Karin Schwiter, Universität Zürich

Konsequenzen der Corona-Pandemie für live-in Care-ArbeiterInnen in Privathaushalten älterer Menschen in der Schweiz

Klatschen vom schönen Balkon aus darf nicht reichen: Mehr Anerkennung, höhere Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen für Berufe mit hohen Frauenanteilen

Gabriel Fischer, Leiter Wirtschaftspolitik, Travail.Suisse

Die Coronakrise verändert im Moment das ganze Leben, wobei die Auswirkungen individuell geprägt sind. Je nach Vorerkrankungen oder Zugehörigkeit zu einer Risikokategorie (eigene oder derjenigen der nächsten Angehörigen) fällt die gesundheitliche Betroffenheit unterschiedlich aus. Ein mulmiges Gefühl aufgrund der vielen Unbekannten und die teilweise schockartige Furcht aufgrund der medialen Berichterstattung aus Krisen-Hotspots lassen aber kaum jemanden unberührt.

Auch die berufliche und wirtschaftliche Situation zeigt eine grosse Varianz: Während vom Lockdown direkt oder indirekt betroffene Selbständige oder Arbeitnehmende in Kurzarbeit mit finanziellen Engpässen und Existenzängsten konfrontiert sind, „geniessen“ andere Freiraum und Möglichkeiten des Homeoffice mit schönem Wetter und besonntem Arbeitsort auf Balkonen oder Garten.

Für Familienhaushalte aber war und ist der Aufruf zum Homeoffice in Kombination mit Kinderbetreuung und Homeschooling aufgrund der Schliessung von Schulen und Betreuungsmöglichkeiten und dem zusätzlichen Vermitteln von Bildungsinhalten im homeschooling die Quelle der eigentlichen Überlastung.

Droht ein Backlash in der Arbeitswelt?

Auch in der Arbeitswelt zeigen sich grössere Auswirkungen, die als – gelinde formuliert - wirtschaftliche Turbulenzen noch mindestens für die nächsten Monate nachhallen werden.

Bis zu den ersten vorsichtigen Öffnungsschritten nach dem Lockdown befanden sich rund ein Drittel der Arbeitnehmenden in der Schweiz in Kurzarbeit. Aus gewerkschaftlicher Perspektive ist es sicherlich begrüssenswert, dass die Instrumente zur Einkommenssicherung in der Coronakrise laufend ausgebaut werden. Dass auch Lernende, Arbeitnehmende auf Abruf oder mit befristeter Anstellung ins System der Kurzarbeit integriert und ein Corona-Erwerbssersatz für Selbständige und für angeordnete Quarantäne bei Arbeitnehmenden geschaffen wurde, schützt die Einkommen von besonders exponierten Gruppen des Arbeitsmarktes. Auch die Bereitstellung von grossen Geldsummen für Bürgschaften zugunsten der Liquidität krisenbetroffener Unternehmen, kann als Massnahme zur Verhinderung von unnötigen Konkursen und damit dem Erhalt und der Sicherung von Beschäftigung akzeptiert werden.

Gleichzeitig gehen trotz dieser Vielzahl von politischen Massnahmen zur Linderung der Krise zwei Bereiche vergessen, aus denen gerade für Frauen kurz- und mittelfristig negative Effekte entstehen: Einerseits werden damit weder Vereinbarkeitsprobleme noch Belastungssituationen von Familien adressiert. Obwohl es beispielsweise ein Leichtes wäre, bei Familienhaushalten den Teil des gemeinsamen Arbeitspensums, der 100 Prozent übersteigt, ebenfalls in das System der Corona-EO zu integrieren,

wird darauf verzichtet. Lieber vertrauen die Verantwortlichen darauf, dass ein Grossteil der zusätzlichen unbezahlten Arbeit selbstverständlich durch die Frauen erledigt wird. Andererseits zeigt die Ignoranz des Bundesrates gegenüber den finanziellen und organisatorischen Problemen der Kindertagesstätten ganz klar, wo die politische Priorität liegt: Sicher nicht bei den so zentralen familienergänzenden Kinderbetreuungsstrukturen und einer gleichberechtigten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Wer die Kinderbetreuung als Aufgabe des Service Public negiert, und damit Vereinbarkeit für Alle verunmöglicht, unterstützt kurz- und mittelfristig den Backlash in der Arbeitswelt, der nicht nur signalhaft, sondern leider viel zu konkret werden kann. So ist es wahrscheinlich, dass die Grosseltern aus medizinischer Sicht noch länger keine Kinderbetreuung leisten sollten und zusätzlich Homeoffice das Gebot der Stunde bleibt. Familien stehen dann vor der Wahl eine massive (Über-)Belastungssituation über längere Zeit zu tragen oder diese mit einem (teilweisen) Rückzug eines Elternteiles – in der Regel wohl der Frauen – zu kompensieren.

Mit Applaus allein ist es nicht getan!

Frauen tragen eine grosse Last bei der Bewältigung der Coronakrise. Es zeigt sich gerade deutlich, wie wichtig die Tätigkeiten in Berufen mit typischerweise hohem Frauenanteil sind. Weder die Pflege und Betreuung in Spitälern und Betagtenheimen noch die Arbeit im Detailhandel sind im Homeoffice zu erbringen. Als Folge haben Frauen bei der Arbeit ein höheres Ansteckungsrisiko als Männer. Dies galt schon vor dem Coronavirus, ist durch diesen aber noch brisanter geworden. Es mag zwar stimmen, dass die Akzeptanz und die Anerkennung der durch Frauen in dieser Krise geleisteten Arbeit steigt - Stichwort Systemrelevanz. Und so ist schweizweiter Applaus zur Mittagszeit zwar eine schöne Geste, dieser bekommt mit Blick auf die nackten Zahlen allerdings einen beinahe zynischen Beigeschmack.

So belegt der Blick in die Lohnstatistiken: Während der Medianlohn 2018 in der Schweiz bei 6538 Franken pro Monat lag, verdienten Frauen im Gesundheits- und Sozialwesen mit 6190 Franken und erst recht im Detailhandel mit 4687 Franken deutlich unterdurchschnittlich. Kein Wunder also gehören diese beiden Branchen zusammen mit dem Grosshandel und dem Gastgewerbe im «Barometer Gute Arbeit» von Travail.Suisse zu den vier Branchen mit der grössten Einkommensunzufriedenheit. Eine Mehrheit dieser Arbeitnehmenden hält ihren Lohn mit Blick auf ihre Arbeitsleistung für nicht angemessen.

Es ist aber längst nicht nur der monetäre Bereich, in dem sich eine mangelnde Wertschätzung zeigt. Sie zieht sich quer durch alle im «Barometer Gute Arbeit» untersuchten Bereiche der Arbeitsbedingungen. So sind Arbeitnehmende aus den Branchen Gesundheits- und Sozialwesen und Detailhandel überdurchschnittlich oft mit körperlichen Belastungen konfrontiert. Auch der Einfluss auf die Arbeitszeiten wird als sehr begrenzt erlebt und die unregelmässigen Arbeitszeiten verstärken die Problematik der Vereinbarkeit von Beruf, Privat- und Familienleben, Weiterbildung und Milizarbeit.

Der grösste Unterschied zwischen den erwähnten Branchen liegt im Bereich der Motivation und der Sinnhaftigkeit: Während Arbeitnehmenden aus dem Gesundheits- und Sozialwesen ihrer Arbeit eine

Wichtigkeit für die Gesellschaft und folglich eine hohe Sinnhaftigkeit zusprechen, wird von Mitarbeitenden im Detailhandel auch dieser Bereich unterdurchschnittlich beurteilt.

Alles in Allem ist es zwar begrüßenswert, wenn Bundesrätin Simonetta Sommaruga öffentlich den Einsatz dieser Arbeitnehmenden in der Coronakrise lobt und auf bessere Löhne pocht, allerdings sollte dies über reguläre Lohnerhöhungen und nicht über eine Einmalzahlung in Form einer Coronaprämie erfolgen. Denn erstens zeigt die Lohnstrukturerhebung, dass jährliche Sonderzahlungen sehr stark nach Anstellungsgrad und Geschlecht variieren: Während an Männer durchschnittlich über 12'000 Franken pro Jahr ausgerichtet werden, fällt die durchschnittliche Sonderzahlung für Frauen mit knapp 6000 Franken nicht einmal halb so hoch aus. Und zweitens sind Einmalzahlungen nicht rentenbildend und korrigieren so die Ungleichheit zum Zeitpunkt der Pensionierung auf keine Art und Weise.

Das Ziel muss folglich zwingend eine konstante Aufwertung dieser Berufszweige sein. Dies beinhaltet Investitionen in die Aus- und Weiterbildung, anständige Arbeitszeitregelungen, faire Arbeitsbedingungen sowie eine gerechte und kontinuierlich ansteigende Entlohnung. Diese soll sich eben nicht auf eine Abgeltung der Leistung während der Coronakrise beschränken.

Kontakt: Gabriel Fischer, fischer@travailsuisse.ch, 076 412 30 53

Travail.Suisse ist der **unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden**, dem zehn Verbände angehören (vgl. Rubrik Mitgliedsverbände). Diese Verbände vertreten knapp 150'000 Mitglieder aus den verschiedensten Branchen und Bereichen der Privatwirtschaft und des Service Public. Zentrale Anliegen sind faire Löhne und Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmenden, die Beseitigung der Lohndiskriminierung zwischen den Geschlechtern, verbesserte soziale Absicherung und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Privat- und Familienleben, Weiterbildung und Miliztätigkeit.

Konsequenzen der Corona-Pandemie für live-in Care-ArbeiterInnen in Privathaushalten älterer Menschen in der Schweiz

Karin Schwiter, Privatdozentin in Wirtschaftsgeografie an der Universität Zürich

Was bedeuten die Corona-Präventionsmassnahmen für Care-ArbeiterInnen, die live-in Betreuungsdienstleistungen in Privathaushalten erbringen? Welche Konsequenzen hat die Krise für sie? Unsere wirtschaftsgeographische Forschungsgruppe «Arbeit, Migration und Geschlecht» an der Universität Zürich erforscht Ungleichheiten auf dem Schweizer Arbeitsmarkt. In Zusammenarbeit mit der Denknetz Arbeitsgruppe «Prekarität» und dem dem vpod-Netzwerk «Respekt» haben wir erste Antworten auf diese Fragen erarbeitet.

Wie funktioniert Live-in Betreuung?

Live-in Betreuung bedeutet, dass eine Arbeitskraft für mehrere Wochen am Stück in der Wohnung einer betreuungsbedürftigen, meist älteren Person wohnt. Sie besorgt den Haushalt, hilft beim Ankleiden, bei der Körperhygiene und ähnlichem und steht als GesellschafterIn und BegleiterIn zur Verfügung. Die Arbeitskräfte in diesem Tätigkeitsfeld sind praktisch ausschliesslich Frauen. Sie reisen für ihre jeweils rund 2-3monatigen Einsätze in Schweizer Privathaushalten aus verschiedenen osteuropäischen Ländern an und kehren dazwischen zu ihren Familien im Herkunftsland zurück. Einige der BetreuerInnen sind bei sogenannten Care-Agenturen angestellt und werden an die Haushalte verliehen. In anderen Fällen ist direkt der Privathaushalt ihr Arbeitgeber.

Wie viele Frauen diese Arbeit in der Schweiz verrichten, ist nicht bekannt. In den Statistiken werden sie einfach den vielen anderen (meist weiblichen) Beschäftigten in Privathaushalten zugerechnet. Die bestehende Forschung zeigt jedoch, dass die live-in Betreuung auch vor der Corona-Pandemie ein höchst prekäres Beschäftigungsfeld darstellte. Der Privathaushalt als Arbeitsort ist nach Schweizer Gesetzgebung nicht durch das Arbeitsgesetz geschützt. In vielen Fällen wird von den Arbeitskräften verlangt, dass sie über Tage und Wochen fast rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Trotzdem sind ihre Löhne in den allermeisten Fällen nicht existenzsichernd.

Welche Folgen hat die Corona-Pandemie für live-in Care-ArbeiterInnen?

Die Grenzschiessungen zur Pandemieprävention haben die zuvor übliche transnationale Mobilität der BetreuerInnen von einem Tag auf den anderen zum Erliegen gebracht und damit die Fragilität des live-in Betreuungsmodells sichtbar gemacht.

Auf der einen Seite der Grenzen stecken Arbeitskräfte in ihren Herkunftsländern fest, die im März ihre nächsten Einsätze in Schweizer Privathaushalten hätten antreten sollen. Aufgrund der eingestellten Zug-, Bus- und Flugverbindungen und der erschwerten Grenzübertritt können viele von ihnen ihren Arbeitsort nicht mehr erreichen.

Care-Agenturen haben in diesen Fällen die Möglichkeit, für ihre angestellten BetreuerInnen Kurzarbeit zu beantragen. Die vielen BetreuerInnen, die direkt bei Privathaushalten angestellt sind, bleiben davon jedoch ausgeschlossen. Obwohl diese Abgrenzung rechtlich nicht unumstritten ist, hält das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO in ihrer Praxis bisher daran fest, dass nur Betriebe nicht aber Privathaushalte als Arbeitgeber Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigungen geltend machen können.

Hinzu kommt, dass die BetreuerInnen trotz teilweise über Jahre immer wieder geleisteten Arbeitseinsätzen in der Schweiz keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld geltend machen können. Ihnen fehlt der dafür notwendige Wohnsitz in der Schweiz. Viele von ihnen stehen dadurch von einem Tag auf den anderen ohne Einkommen da.

Auf der anderen Seite der Grenzen stehen live-in Care-ArbeiterInnen in Schweizer Haushalten im Einsatz, die vergeblich auf ihre Ablösung warten. In vielen Fällen erklären sie sich dazu bereit, ihre Arbeit weiterzuführen. Abgesehen davon, dass eine Rückkehr ins Herkunftsland aufgrund der Reisebeschränkungen derzeit kaum möglich wäre, fühlen sie sich auch moralisch verpflichtet, ihre betreute Person in der Krise nicht auf sich gestellt zu lassen.

Für viele von ihnen haben sich die prekären Arbeitsbedingungen weiter verschärft. Einige Haushalte haben aus Angst vor Ansteckung die Einsätze von Spitex, Rotem Kreuz oder anderen Besuchsdiensten reduziert. Diese haben üblicherweise tagsüber während den Arbeitspausen der Care-ArbeiterInnen die Betreuung übernommen. Auch Angehörige, die an den freien Tagen der Care-ArbeiterInnen beispielsweise sonntags die Betreuung gewährleistet haben, bleiben den Haushalten teilweise aus denselben Gründen fern.

In einzelnen Fällen verlangen Agenturen oder Haushalte gar von den BetreuerInnen, dass sie auch in ihrer Freizeit in den Haushalten verbleiben, um eine Ansteckung der älteren Person zu verhindern. Da sie auf ihre Arbeit angewiesen sind, haben BetreuerInnen in diesem Fällen oft kaum Möglichkeiten, solche unzulässigen Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit zurückzuweisen.

In der Konsequenz arbeiten einige Care-ArbeiterInnen bereits seit Wochen ohne Ablösung und ohne Erholungsmöglichkeit. Hinzu kommt die zusätzliche psychische Belastung durch die Trennung von den eigenen Angehörigen in der Krisenzeit und die Unsicherheit, wie lange dieser Zustand andauern wird.

Welche Empfehlungen ergeben sich aus der gegenwärtigen Situation der Care-ArbeiterInnen?

1) Das Beispiel der live-in Care-ArbeiterInnen zeigt erstens, dass die vielen Arbeitnehmenden, die in Privathaushalten beschäftigt sind, bei der Ausgestaltung der Unterstützungsmassnahmen des Bundes nicht mit bedacht wurden. Dies betrifft nicht nur live-in Care-ArbeiterInnen, sondern viele weitere – überwiegend weibliche – Arbeitnehmende, unter anderem Reinigungskräfte und Nannys. Sie fallen derzeit durch alle Maschen der vom Bund geknüpften Rettungsschirme. Es ist damit dringlich, dass auch der Privathaushalt als Arbeitsort vom Bund anerkannt wird und entsprechende Unterstützungsmassnahmen für die darin Beschäftigten gesprochen werden.

2) Unsere Forschung dokumentiert zweitens, dass sich die Arbeitsbedingungen in der Betreuung durch die Pandemie weiter verschärfen. Dies zeigt sich nicht nur bei live-in Care-ArbeiterInnen, sondern auch in anderen Bereichen der Care-Arbeit, unter anderem in Spitälern und Altersheimen. So hat der Bundesrat beispielsweise Bestimmungen zur Höchstarbeitszeit für Pflegepersonal temporär ausser Kraft gesetzt.

Die Schweiz stellt in der Krise damit die Bedürfnisse der betreuungs- und pflegebedürftigen Personen über die Bedürfnisse der Arbeitnehmenden. Dadurch akzentuieren sich in der Krise Arbeitsbedingungen, die bereits unter normalen Umständen prekär und belastend waren. Es ist deshalb über die Krise hinaus erforderlich, dass Bund und Kantone gesetzgeberisch tätig werden, sodass die bekannte übermässige Arbeitsbelastung in den Care-Berufen reduziert und die bisher unterbezahlte, anspruchsvolle Arbeit, die überwiegend von Frauen geleistet wird, angemessen entlohnt wird.

3) Die Krise führt schliesslich vor Augen, wie fragil ein Altenbetreuungssystem ist, das im Bereich der live-in Betreuung zur Ausnützung der Lohndifferenz ihr Personal praktisch ausschliesslich im Ausland rekrutiert und lediglich temporär in die Schweiz holt. Sie zeigt zudem, wie ethisch problematisch ein System ist, das die Arbeit von migrantischen BetreuerInnen in Anspruch nimmt, einen grossen Teil ihrer sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit, längerer Krankheit oder in Zeiten der Krise jedoch auf ihre Herkunftsländer abwälzt. Es ist deshalb erforderlich, Altenbetreuung im Privathaushalt so zu regulieren, dass sie ein existenzsicherndes Einkommen gewährleistet und dadurch auch von in der Schweiz wohnhaften Arbeitskräften ausgeführt werden kann. Ein Weg dahin ist die Durchsetzung von Höchst-arbeitszeiten, Ruhezeiten und Gesundheitsschutz durch die bis heute ausstehende Unterstellung des Privathaushalts als Arbeitsort unter den Schutz des Arbeitsgesetzes.

Kontakt: PD Dr. Karin Schwiter, karin.schwiter@geo.uzh.ch, 076 442 32 76

Dank

Wir bedanken uns bei den BetreuerInnen, den betreuten Personen und ihren Angehörigen, den VertreterInnen von Care-Agenturen, sowie bei weiteren ExpertInnen, die ihre Erfahrungen der letzten beiden Monate mit uns geteilt haben. Unsere Forschung, die diesem Artikel zugrunde liegt, ist Teil des Forschungsprojekts «Decent Care Work? Transnational Home Care Arrangements» – eine Kooperation von Aranka Benazha, Helma Lutz, Iga Obrocka und Ewa Palenga-Möllenbeck von der Goethe-Universität Frankfurt am Main/Deutschland, Brigitte Aulenbacher, Michael Leiblfinger und Veronika Prieler von der Johannes Kepler Universität Linz/Österreich und Karin Schwiter, Jennifer Steiner und Anahi Villalba von der Universität Zürich/Schweiz. Es wird gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) Projektnr. LU 630/14-1, den Austrian Science Fund (FWF) Projektnr. I 3145 G-29 und den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) Projektnr. 170353.



26.05.2020

Stimmen zu Corona (2/3)

Réflexions sur le coronavirus (2/3)

Riflessioni sul coronavirus (2/3)

Véronique Arlettaz, enseignante dans un lycée tessinois

Une crise au visage masculin – Regard d’une enseignante tessinoise

Regula Bühlmann, Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Full stop – und los! Beobachtungen einer Gewerkschaftssekretärin

Une crise au visage masculin – Regard d’une enseignante tessinoise

Véronique Arlettaz, enseignante dans un lycée tessinois

C’est en tant que citoyenne tessinoise et enseignante au lycée que j’ai écrit ce texte. La première partie, qui concerne ma pratique professionnelle avant et pendant la crise sanitaire du Covid-19, peut sembler banale. C’est que l’école est un grand navire qui souffre peu des tempêtes et réagit avec lenteur même aux changements les plus profonds. La deuxième partie raconte mon expérience de femme tessinoise consternée par le visage essentiellement masculin qu’a pris ici la crise sanitaire actuelle.

I. L’école

J’enseigne le français au Lycée cantonal de Lugano 2 (LiLu2). Les élèves entrent à 15 ans et sortent majeur-e-s, à la fin d’un parcours de quatre ans. En principe, l’égalité est garantie chez nous. Mais qu’en est-il vraiment ? Suivez-moi pour une petite visite guidée.

Corps enseignant et direction

Les femmes représentent la moitié (49,4%) du corps enseignant du LiLu2, mais la moitié d’entre elles seulement travaille à plein temps : elles sont donc bien représentées uniquement du point de vue numérique. Voici un bref tour d’horizon. 2 matières sont enseignées exclusivement par des femmes (français et psychologie), mais dans 5 matières il n’y a aucune femme (espagnol, géographie, informatique, musique et religion). Elles sont majoritaires dans 4 matières (anglais, économie et droit, musique instrumentale et philosophie) et minoritaires dans 7 matières (allemand, biologie, chimie, éducation physique, histoire, italien et physique). Seules 3 matières sont enseignées par autant de femmes que d’hommes (arts visuels, latin et mathématiques).

Le Conseil de direction est composé de cinq personnes, dont deux femmes : une sous-directrice depuis septembre 2019 (la première de l’histoire de l’école) et une collaboratrice de direction. Il n’y a jamais eu de directrice. Voilà pour le corps enseignant. Passons au reste du personnel. Au secrétariat, deux femmes à temps partiel, un apprenti. Deux bibliothécaires : un homme et une femme. Trois hommes à la conciergerie. Une dizaine de femmes de ménage, dont un homme. Dans les cuisines, des hommes aux fourneaux et une femme au self-service. C’est tout.

Règlement

En juin 2019, la conférence des maîtres a décidé de réécrire le règlement de l’école. J’ai alors demandé de tenir compte des principes de base de l’égalité des genres. En effet le règlement actuel prévoit un *direttore* (mais pas de *direttrice*), deux *vicedirettori* (mais pas de *vicedirettrice*) et des *allievi* (mais aucune *allieva* en vue). Les seules fonctions ouvertes “textuellement” aux femmes sont les postes de *bibliotecaria* et – sans surprise – de femme de ménage. Les réactions à ma proposition ?

Quelques collègues se sont exprimé-e-s en faveur de l'initiative ; une majorité (dont des femmes) a déclaré que ce n'était qu'un détail linguistique sans importance ; plusieurs collègues ont ricané ; un patriarce a dit qu'il était contre parce que « ce féminin, ça alourdit tout ! » (« *questo femminile appesantisce tutto !* »). Un jeune collègue a saisi l'occasion pour me donner un petit cours d'italien, l'air grave et le ton condescendant. « Tu dois savoir qu'en italien le masculin contient le féminin. C'est implicite, c'est comme ça depuis toujours et ça ne pose aucun problème. » J'ai apprécié la leçon, bien sûr. Depuis, les travaux ont commencé sous la houlette d'une collègue juriste : un véritable casse-tête ! Même le service juridique du canton ne sait pas comment procéder ni quoi recommander. Aux dernières nouvelles, il semble que la féminisation des fonctions soit interdite en haut lieu et qu'un règlement qui prévoirait une *direttrice* et des *allieve* serait illégal. Affaire à suivre...

La grève féministe ? Non merci !

Un tiers (33,9%) des élèves du LiLu2 a adhéré officiellement à la grève féministe du 14 juin 2019, organisant de nombreuses activités collectives en collaboration avec un groupe d'enseignant-e-s. Cela n'a pas plu à la direction, qui ne s'est pas associée aux activités et a tout fait pour empêcher ses collaboratrices administratives de poser pour la photo souvenir. Une femme de la direction a exprimé sa distance par rapport au mouvement parce que « dans sa vie, [elle n'avait] jamais été victime de sexisme ».

Covid-19 à l'école

Le 11 mars, le Conseil d'État tessinois a annoncé la fermeture immédiate du secteur post obligatoire au Tessin. Deux jours plus tard, le Conseil fédéral précisait que la réouverture du secondaire II n'aurait pas lieu avant le 8 juin. L'enseignement continue, à distance évidemment. Les employé-e-s des cuisines ont été déplacé-e-s dans d'autres structures cantonales. Le personnel de nettoyage a été presque entièrement déplacé – mais jusqu'à quand ? C'est la catégorie la plus exposée au risque de licenciement, comme partout.

L'école à distance ou l'art de naviguer à vue →
Photographie Véronique Arlettaz (mars 2020)



Grève du 14 juin 2019 au LiLu2 →
À l'entrée de l'école, l'"atelier du pouce" accueille les participant-e-s et propose de se vernir l'ongle du pouce en rouge ou violet et de se peindre le visage
Photographie Zoe Leoni



Grève du 14 juin 2019 au LiLu2 →
11 heures, photo souvenir



II. Politique et médias

Covid-19, autorités politiques et médias

Depuis le premier jour de la crise sanitaire, les situations d'inégalité les plus choquantes sont venues de la politique et des médias. Comme au Tessin les Conseillers d'État et les porte-parole de l'administration sont tous des hommes, toutes les conférences de presse (elles ont été très nombreuses et même quotidiennes pendant plusieurs semaines) ont été gérées par des hommes. Il a fallu attendre le 30 avril – et l'annonce du plan de réouverture des écoles – pour qu'une femme prenne la parole en tant qu'experte : Lisa Kottanattu, docteure en infectiologie pédiatrique à l'Ente Ospedaliero Cantonale (EOC). Le public était tellement surpris de voir une femme que l'information a été largement commentée sur les réseaux sociaux. C'est tout dire.

Dans les médias publics, on a observé la même tendance à ne pas inviter de femmes, surtout pendant la première partie de la crise, comme si le canton ne comptait que des experts masculins dans tous les domaines.

FAFTPlus et Gender_Covid19

Cette aveuglante invisibilité féminine – qui n'est pas un scoop au Tessin – a été dénoncée à plusieurs reprises par la FAFTPlus (*Federazione Associazioni Femminili Ticino Plus*)¹ à travers des publications régulières sur Facebook et sur son site. Le 10 avril, la FAFTPlus a écrit au Conseil d'État une lettre² accompagnée d'un appel³ sous la forme d'une pétition publique (*#ripartiredalldonne*), demandant « d'intégrer les compétences féminines dans le 'groupe opératif' chargé du redémarrage après l'urgence sanitaire [...] afin de surmonter les inégalités entre femmes et hommes ». Le 26 avril, la FAFTPlus s'est adressée à la CORSI⁴, lui rappelant « ses obligations de mandat dans le domaine de l'égalité des chances » car elle « néglige[ait] la promotion active de la présence féminine dans l'espace médiatique » malgré « des rappels réitérés ». Indéniablement, la FAFT conserve son rôle de leader cantonal dans la lutte pour l'égalité et pour les droits féminins.

Simultanément, on a vu la création du groupe "Gender_Covid19"⁵, qui se définit comme un « vaccin contre toute forme (évidente ou élégante ou subtile) de discrimination de genre ». Dans une lettre ouverte⁶ au Conseil d'État, à l'État-major cantonal de conduite, à la RSI, à la CORSI et à diverses instances journalistiques (syndicats et formation), le groupe exprime son « effarement devant l'exclusion des femmes, en particulier à la télévision, mais également dans les autres médias », précisant qu'on a vu des femmes « seulement alors qu'elles effectuaient des tâches dans les tranchées », alors que les hommes étaient présents « toujours et partout dans les domaines de prises de décision, dans les analyses, dans les commentaires, dans la transmission de recommandations et d'ordres ».

Avis de décès

Mais ce qui m'attriste le plus dans le cadre de cette crise sanitaire, ce sont les avis de décès qui remercient « les docteurs X, Y et Z » – cités avec prénom, nom et titre complet – et « le personnel hospitalier », cité en un bloc indifférencié. Non, le port du masque ne garantit pas la reconnaissance publique.

Les leçons du Covid

Cette crise exceptionnelle, au Tessin plus que partout ailleurs en Suisse, a montré non seulement que les inégalités de genre sont encore très présentes, mais surtout qu'elles ne sont pas comprises ni reconnues comme telles. Voilà à mes yeux l'enseignement le plus cruel, le plus préoccupant et le plus désespérant. Nous devons être vigilant-e-s et nous battre pour faire en sorte que les femmes soient pleinement reconnues dans toutes leurs compétences et dans leur identité, pour le bien de toute la société.

¹ La FAFTPlus lutte depuis 1957 en faveur de l'égalité : <https://www.facebook.com/faftplus/> et <https://faftplus.ch>.

² Lettre du 10 avril 2020. Texte complet de la lettre et échanges épistolaires entre la FAFTPlus et le Conseil d'État : <https://faftplus.ch/la-corrispondenza-di-faftplus-con-il-consiglio-di-stato/>.

³ Communiqué de presse : <https://faftplus.ch/ripartiredalldonne-comunicato-stampa/>. Texte complet de l'appel : <https://www.change.org/p/consiglio-di-stato-del-canton-ticino-appello-al-governo-ticinese-ripartiredalldonne>.

⁴ Société coopérative pour la radiotélévision suisse de langue italienne. Texte de la lettre : <https://faftplus.ch/donne-e-media-ripartiredalldonne/>.

⁵ La page Facebook du groupe, créée en mai : <https://www.facebook.com/GenderCovid19/>.

⁶ Texte de la lettre ouverte : <https://faftplus.ch/le-donne-invisibili-perche-sono-sempre-tuttimaschi/>.

Le visage masculin de la crise →
Conférence de presse du Conseil d'État tessinois, 11 mars 2020
Source: RSI, TG speciale «decretato lo stato di necessità», (capture d'écran)



#ripartiredalldonne, ou l'art de résoudre ensemble des problèmes communs.
Le Tessin en sera-t-il capable ?
Source : site web de la FAFTPlus



Grève du 14 juin 2019 au LiLu2 →
Les réflexions ont été affichées à un tableau géant, mais certaines ont été déchirées pendant que les grévistes posaient pour la photo souvenir
Photographie Véronique Arlettaz



Contact : Véronique Arlettaz, veronique.arlettaz@bluewin.ch

Full stop – und los! Beobachtungen einer Gewerkschaftssekretärin

Regula Bühlmann, Zentralsekretärin für Gleichstellung, Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Der Corona-Lockdown bedeutete zuerst einmal Homeoffice – was ich normalerweise möglichst vermeide, da ich die Trennung von Beruf und Freizeit schätze – und Full Stop: Alle Projekte, an denen ich arbeitete - auf Eis gelegt, niemand wusste, ob sie in einigen Monaten überhaupt noch relevant sein würden. Auch die nationale Politik: Alle Geschäfte ohne Corona-Bezug suspendiert.

Doch die Befürchtung, nichts mehr zu tun zu haben (und die damit einhergehende Hoffnung, endlich lange liegen gebliebene Pendenzen abarbeiten zu können), waren nach nicht einmal einem Tag widerlegt: Anfragen besorgter und verunsicherter Menschen häuften sich. Ich probierte auf alle einzugehen, auch wenn zum Beispiel die Beratung von Kita-Leiterinnen nicht zu den gewerkschaftlichen Kernaufgaben gehören. Auch wusste ich anfangs auf viele Fragen keine Antworten, zum Beispiel, ob Eltern Kita-Beiträge schuldig bleiben, auch wenn sie ihre Kinder auf Bitte der Kita zu Hause betreuen, oder wie Arbeitnehmerinnen in Privathaushalten für die Erwerbsausfälle entschädigt werden können.

Die Auswirkungen der sich rasch folgenden Bundesratsbeschlüsse waren oft unklar, der Schweizer Föderalismus führte dazu, dass ein Bundesratsbeschluss bis zu 26 verschiedene Regelungen nach sich ziehen konnte. Wir begannen, diese Regelungen systematisch zusammen zu tragen, konsultierten kantonale Webauftritte, fragten bei Verwaltungen nach, suchten Informationsschreiben. Zwei Erkenntnisse aus dieser Fleissarbeit, in der ich die kantonalen Regelungen der Kinderbetreuungsangebote während Corona aufarbeitete: 1. Es gibt Kantone mit sehr gut strukturierten Websites und ausführlichen Informationen zu den KiBe-Angeboten, und es gibt solche, deren Webauftritt sich zur Frage der Kinderbetreuung ausschweigt. 2. Der Röstigraben existiert.

Frauen meistern die Krise

Es fiel rasch auf, dass – während meist männliche Experten in den Medien die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen erklären – es in der Mehrheit Frauen sind, die dafür sorgen, dass uns die Situation nicht überwältigt und die Gesellschaft auch im Krisenmodus funktioniert: Es sind die Verkäuferinnen, dank denen wir in diesem Frühling nicht nur überleben, sondern uns zuweilen auch den Luxus wie beispielsweise ein Gipfeli zum Homeoffice-Kaffee leisten können. Es sind ÄrztInnen und Pflegepersonal, die dafür sorgen, dass das Gesundheitswesen nicht zusammenbricht. Es sind Reinigungskräfte, welche die zentralen Hygienemassnahmen gewährleisten. Und es sind die Kinderbetreuerinnen, die den berufstätigen Eltern diese zentralen Tätigkeiten erst ermöglichen. Viele dieser Berufe zeichnen sich durch tiefe Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen aus.

Dass die familienergänzende Kinderbetreuung systemrelevant ist, hat der Bundesrat von Anfang an erkannt und per Notrecht angeordnet, dass diese aufrechterhalten werden muss. Er hat jedoch darauf verzichtet, die Organisation und Finanzierung des Angebots zu regeln. Er überlässt dies den Kantonen. Damit manifestiert sich der Röstigraben: Im Wildwuchs kantonalen Regelungen (und zuweilen

auch Nicht-Regelungen) zeichnet sich ein klares Muster ab. Während die Kantone der Westschweiz und der Romandie den Zugang zum Betreuungsangebot meist auf Kinder von Personen in systemrelevanten Berufen beschränken, haben sie früh begonnen, den übrigen Eltern die Beiträge zu erlassen und die Kitas finanziell zu unterstützen. Die meisten Deutschschweizer Kantone überlassen den Eltern den Entscheid, ob sie ihre Kinder unter Coronazeiten betreuen lassen wollen oder nicht. Erst spät oder noch gar nicht haben sie begonnen, Lösungen zu suchen, um Elternbeiträge zu übernehmen und die Kitas zu entlasten.

Der SGB hat sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, dass dieser zentrale Bereich einheitlich geregelt werden muss: Eltern müssen auch in schwierigen Zeiten Klarheit haben, ob ihr Kind betreut wird oder nicht. Der reduzierte Betrieb muss von der öffentlichen Hand bezahlt werden, damit Kitas nicht in ihrer Existenz bedroht werden und der Gesundheitsschutz des Personals sowie das Wohl der Kinder gewährleistet sind.

Scheideweg: Backlash oder Systemwechsel?

Frauen stemmen die Corona-Krise, sind von deren Folgen potenziell aber auch am meisten betroffen. Das Risiko eines Backlashs bezüglich Gleichstellung ist real. Es gibt zwar noch keine Zahlen, aber es ist zu befürchten, dass es mehr Mütter als Väter sind, die im Homeoffice versuchen, den Anforderungen ihrer Erwerbsarbeit und den Bedürfnissen ihrer Kinder gerecht zu werden. Kinderbetreuung im Homeoffice ist gerade mit kleinen Kindern eine Illusion und hat in den letzten Wochen gemäss Umfragen zu einer grossen Überbelastung der Eltern geführt. Sie ist als Notlösung schlecht und als Dauerlösung gar nicht geeignet.

Es ist offen, wann Grosseltern berufstätige Eltern wieder bei der Kinderbetreuung entlasten können – und die Corona-Krise verdeutlicht die Fragilität dieses Arrangements. Wenn dazu noch Kitas und Spielgruppen schliessen, weil Beiträge und Anmeldungen ausbleiben, und die Betreuung zunehmend wieder zu Hause organisiert werden muss, ist die Gefahr gross, dass es vor allem Frauen sein werden, die dafür ihr Erwerbsspensum reduzieren oder ganz aufgeben.

Um dieses Risiko zu reduzieren müssen wir davon wegkommen, Kinderbetreuung als individuelle Verantwortung den Eltern zuzuschieben und sie stattdessen als gesellschaftliche Aufgabe verorten. So wie wir als Gesellschaft öffentliche Gelder in die Schulbildung investieren, muss die öffentliche Hand ab sofort die familienergänzende Kinderbetreuung finanzieren und ausbauen. Nur so wird dieser systemrelevante Bereich krisenresistent.

Um Druck auf die Politik zu machen, hat der SGB Ende April innert kurzer Zeit eine Koalition von fast 40 Organisationen, darunter die EKF, ins Leben gerufen, die von der Politik folgende drei Grundsätze einfordert: Beruf und Kinderbetreuung müssen wieder entflochten werden, es braucht auch in Krisenzeiten ein ausreichendes und (für Personal, Eltern und Kinder) sicheres Angebot an Betreuungsplätzen und dieses Angebot muss durch die öffentliche Hand ausreichend finanziert und ausgebaut werden. Erste Reaktionen auf den Appell waren positiv, nun warten wir auf die Taten, die folgen müssen.

Feministischer Krisenausstieg

Nicht nur die Kinderbetreuung muss zukunftstauglich und krisenfest gestaltet werden. Wir müssen uns grundsätzlich überlegen, wie wir die Arbeit organisieren, die sich in der Corona-Krise als systemrelevant herausgestellt hat und die mehrheitlich von Frauen übernommen wird. Auch ich war gerührt, als ich auf dem Balkon Teil war vom Applaus für das Gesundheitspersonal, der durch das Quartier tönte. Doch mir ist auch bewusst, dass es damit lange nicht getan ist. Was es braucht, sind anständige Löhne und faire Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal, aber auch für die Angestellten im Detailhandel, die Reinigungskräfte, die Betreuerinnen von Kindern und Betagten – kurz: für all jene Menschen, die die Gesellschaft während der Krise am Laufen hielten und uns vor einer Katastrophe bewahrten. Schon lange setzt sich der SGB für diese Anliegen ein – nun hoffe ich, dass wir endlich Gehör finden.

Der Ausstieg aus der Krise und die Überwindung ihrer Folgen werden nicht gratis zu haben sein. Aber die Schweiz muss das Geld am richtigen Ort investieren. Der Care-Sektor ist ein solcher Ort. Die jahrelangen Abbauprogramme im Gesundheits- und sozialen Bereich müssen ein Ende haben. Bei einem nachhaltigen Konjunkturprogramm müssen diese Aufgaben im Zentrum stehen. Ich bin skeptisch gegenüber der Lesart, die Corona-Krise sei letztlich etwas Gutes, das uns zum Umdenken zwingt – zu verheerend sind die Folgen gerade in Ländern, die nicht über finanziellen Möglichkeiten der Schweiz verfügen. Das soll uns aber nicht daran hindern, die Chancen zu packen, die sich in der Krise öffnen, und ich hoffe, das SGB-Betreuungsprojekt mit Rückenwind auf Kurs bringen zu können. Unser Engagement für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne für Frauen soll endlich Früchte tragen. Falls dies gelingt, wird mir die Situation um Corona trotz anfänglichem Stillstand zwar als sehr arbeitsintensive Zeit in Erinnerung bleiben, aber eben auch als produktive Zeit, die Entwicklungen in Gang gebracht hat, auf die wir lange gewartet hatten.

Kontakt: Regula Bühlmann, regula.buehlmann@sgb.ch; 031 377 01 12

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund ist der Dachverband von 16 Einzelgewerkschaften und hat 340'000 Mitglieder. Der Frauenanteil beträgt ungefähr ein Drittel, wobei sieben SGB-Verbände eine Frauenmehrheit haben. Während die SGB-Gewerkschaften sich in den entsprechenden Branchen für die Arbeitnehmendenrechte engagieren, Gesamtarbeitsverträge verhandeln und Beratung für ihre Mitglieder anbieten, setzt sich der SGB als Dachverband auf nationaler Ebene für eine arbeitnehmendenfreundliche Politik, gute Arbeitsbedingungen und Löhne ein. Seit den Anfängen des SGB sind dabei auch Frauenrechte wie Lohngleichheit zentral.



02.06.2020

Stimmen zu Corona (3/3)

Réflexions sur le coronavirus (3/3)

Riflessioni sul coronavirus (3/3)

Markus Gygli, männer.ch

Caring Masculinities: 7 Thesen zu Auswirkungen von Corona

Regula Ott, Schweizerischer Katholischer Frauenbund SKF

Frauen – die unsichtbaren Helferinnen in Gemeinde und Pfarrei während der Corona Krise

Andrea Gisler, alliance F, Bund Schweizerischer Frauenorganisationen

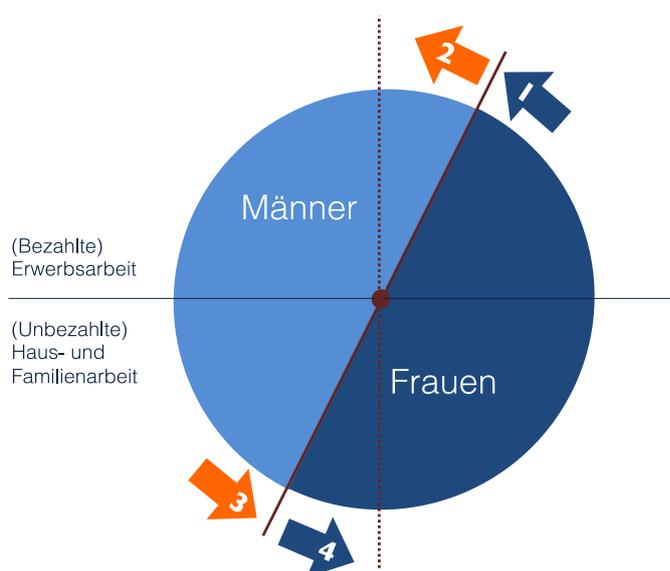
Frauen sind von der Corona Krise überdurchschnittlich betroffen

Caring Masculinities: 7 Thesen zu Auswirkungen von Corona

Markus Gygli, männer.ch, Dachverband Schweizer Männer- und Väterorganisationen

männer.ch ist der Dachverband progressiver Männer- und Väterorganisationen der Schweiz, gegründet 2005. Strategisches Dach bildet das nationale Programm MenCare Schweiz, das von männer.ch seit 2014 – als Engagement im Rahmen der globalen MenCare-Kampagne (www.men-care.org) – getragen wird. Das programmatische Ziel: Väterliches Betreuungengagement und männliche Care-Arbeit sollen zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit werden. Das ist für uns der Hebel, damit der gleichstellungspolitische Verfassungsauftrag (Art. 8 Abs. 3) eingelöst und alle bezahlten und unbezahlten Arbeiten fair – also hälftig – zwischen den Geschlechtern verteilt werden können. Unser Wirkungs- und Interventionsmodell veranschaulicht, wo die Arbeit von männer.ch konkret ansetzt.

Das Gesamt an Arbeit (ganzer Kreis) lässt sich in etwa zwei gleich grosse Hälften unterteilen. Die be-



zahlte Erwerbsarbeit (obere Hälfte) wird zu rund zwei Dritteln von Männern ausgeübt, die unbezahlte Familien- und Hausarbeit (untere Hälfte) zu zwei Dritteln von Frauen.

- Hebelkraft 1 (die Förderung von Frauen in die Erwerbsarbeit) wird schon seit vielen Jahren politisch genutzt. Der Erfolg ist überschaubar. Weniger Beachtung erfahren bislang die anderen drei Hebelkräfte:

- Hebelkraft 2: die Ermutigung von Männern, die (zumindest eine Zeit lang) weniger erwerbsorientiert leben wollen;

-Hebelkraft 3: die Ermutigung von Männern, im Haus- und Familienbereich mehr Verantwortung und Arbeit zu übernehmen;

- Hebelkraft 4: die Ermutigung von Frauen, nicht alle (unbezahlten) Aufgaben zu übernehmen, die sonst liegen bleiben.

Unsere Überlegungen und Einschätzungen zu den Auswirkungen der Corona-Krise setzen an diesem Modell an. Fördert oder bremst der kollektive Lockdown die gleichstellungsrelevante Bewegung hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit? Die Antworten darauf in sieben Thesen.

1. Care-Arbeit wird aufgewertet.

Die Corona-Krise zeigt eindrücklich: Care-Arbeit ist systemrelevanter als die breite Öffentlichkeit gemeint hat. Sie macht auch breit sichtbar, dass Frauen sowohl bei Care-Berufen wie auch bei unbezahlten Care-Beiträgen in Familie und Haushalt die Hauptlast tragen.

Die Problemwahrnehmung bezüglich ungleich verteilter Care-Belastungen dürfte «dank» der Corona-Krise steigen und im gesellschaftlich-politischen Mainstream ankommen. Das ist ein wertvolles Potenzial auf dem Weg zur ideellen und monetären Aufwertung von Care-Arbeit.

2. Home Office wird selbstverständlich(er).

Im grossen Segment der Dienstleistungsberufe hat die Pandemie auch zahlreiche Männer ins Home-Office «gezwungen». Arbeitgebende und Arbeitnehmende haben Erfahrungen sammeln können oder müssen, wie produktives Arbeiten mit modernen Kommunikationsmitteln auch ohne physische Präsenz gelingt. Ebenso sichtbar wurden Grenzen und Entwicklungspotenziale.

Insgesamt gehen wir davon aus, dass Home-Office eine deutlich selbstverständlichere Arbeitsoption werden wird. Die Gleichsetzung von Leistungsbereitschaft/-fähigkeit und Präsenz/Verfügbarkeit dürfte aufgeweicht werden. Dadurch eröffnen sich auch und gerade für Männer neue Vereinbarkeitspotenziale.

3. Männer/Väter sammeln ambivalente Care-Erfahrungen.

Die Corona-Krise hat vielen Männern/Vätern einen neuen Erfahrungsraum eröffnet. Sie sind/waren näher bei der Familie und haben vielfach wesentlich mehr Verantwortung im Bereich der Kinderbetreuung und Hausarbeit übernommen resp. übernehmen müssen. Ganz besonders gilt das für Männer mit Partner_innen in systemrelevanten (Care-)Berufen, die oft die Hauptverantwortung für die Familie getragen haben. Unserer Einschätzung nach dürfte diese Erfahrung in der Tendenz eine Widersprüchlichkeit verstärken, die Familien- und Hausarbeit für viele Männer bereits zuvor hatte: Es ist schön und wertvoll, aber auch anstrengend und undankbar – und zuweilen auch schlicht zu viel (an Nähe, Belastung, Intensität etc.).

Insgesamt bleibt offen, wie sich die Erfahrung der Corona-Krise auf eine Mehrheit der Männer auswirkt. Bekommen sie «Lust auf mehr» Familien- und Hausarbeit oder haben sie diese als Überforderung erlebt und verstärken deshalb ihr Engagement in der Erwerbsarbeit?

4. Das traditionelle Ernährermodell verliert weiter an Glaubwürdigkeit.

Die Corona-Krise hat die Verletzlichkeit des traditionellen Ernährermodells verdeutlicht. Sie zeigt, wie

wichtig ein Dual-Earner-Dual-Carer-Modell für die finanzielle Sicherheit der Familie ist. Insbesondere dürfte für viele Männer spürbar geworden sein, wie entlastend es ist resp. wäre, wenn die Partnerin einen eigenständigen Erwerbsbeitrag leistet.

Wir gehen davon aus, dass die Corona-Krise der bereits vorherrschenden Abkehr vom «reinen» Ernährermodell weiter Vorschub leistet.

5. Es ist offen, wie Corona die Legitimation für Vaterschaftsurlaub und Elternzeit beeinflusst.

Care-Arbeit ist anstrengend. Dass viele Männer dies erst jetzt erfahren, kann man belächeln. Trotzdem steckt ein Potenzial hinter dieser Erfahrung. Denn Männer haben dadurch auch realisiert, dass sich Care-Arbeit nicht einfach nebenher erledigen lässt – und es deshalb auch entsprechender zeitlicher Freiräume und passender politischer Rahmenbedingungen bedarf. Umgekehrt gedacht: Die Corona-Krise dürfte vielen vor Augen geführt haben, dass Familien diese geschmeidiger und konfliktärmer hätten bewältigen können, wenn Vaterschaftsurlaub und Elternzeit selbstverständlich wären.

Wir gehen davon aus, dass die Akzeptanz für Vaterschaftsurlaub und Elternzeit auf einer grundsätzlichen Ebene durch die Corona-Krise befördert werden. Jedoch gehen wir gleichzeitig davon aus, dass die Gegenargumentation – Vaterschaftsurlaub und Elternzeit sind «nice to have», nicht «need to have» – aufgrund der zu erwartenden Rezession ebenfalls Auftrieb erhalten wird. Die Referendumsabstimmung über die Einführung von 10 Tagen Vaterschaftsurlaub bekommt dadurch eine gleichstellungspolitische Tragweite, die weit über die Sachfrage selbst hinausweist.

6. Männliche Care-Arbeit ist vermehrt als transgenerationale Verbundaufgabe zu würdigen.

Dass viele Männer ihre Care-Engagements während der Corona-Krise nicht nur als Bereicherung, sondern als stark belastend erlebt haben dürften (vgl. Punkt 3), birgt aus unserer Sicht die Gefahr einer unglücklichen Missdeutung. Denn Geschlechterstereotypen sind hier schnell zur Hand, indem diese Ambivalenzen als psychologischer Widerstand, fehlende Kompetenzen, mangelnde Eignung etc. erklärt werden könnten.

Zur Förderung männlicher Care-Engagements ist verstärkt anzuerkennen: Care-Arbeit leistende Männer müssen sich nicht nur von individuellen Vorstellungen lösen, sondern von einer 300jährigen Geschichte. «Caring Masculinities» sind in dieser Perspektive nicht nur individuelle Herausforderungen, sondern eine Verbundaufgabe einer ganzen Väter-/Männergeneration. Das bedeutet beispielsweise, dass es im öffentlichen Diskurs darum geht, die Ambivalenzen (vgl. Punkt 3) offen zu thematisieren, ohne jedoch männliches Care-Engagement zu überhöhen oder die Männer auf ihrem Lernweg zu belächeln.

7. Männerspezifische Prävention häuslicher Gewalt ist systematisch zu verstärken.

Die Berichte zunehmender häuslicher Gewalt infolge Corona-bedingt eingeschränkter Bewegungsfreiheit haben männer.ch bereits Ende März dazu bewogen, gemeinsam mit den Partnerverbänden in Deutschland und Österreich sowie in Zusammenarbeit mit Fachleuten der Gewaltberatung ein «Merkblatt für Männer unter Druck» herauszugeben. Dieses wurde in beinahe 30 Sprachen publiziert und – auch dank der Unterstützung des EDA (DEZA) – global vertrieben. Das Merkblatt wurde sehr dankbar aufgenommen. Es zeigt sich in einem solchen Krisenmoment, wie wertvoll verlässliche Beziehungen zu Fachleuten, -stellen und -verbänden sind.

Wir sehen durch die Corona-Krise den Bedarf bestätigt, im Bereich der Prävention häuslicher Gewalt Männer zielgruppengerecht zu adressieren und entsprechende Angebote zu verstärken. Aus unserer Sicht ist es unerlässlich, dieses Handlungsfeld auch im Rahmen der Umsetzung der Verordnung über Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ab 2021 angemessen zu berücksichtigen.

Kontakt: Markus Gygli, Präsident männer.ch, gygli@maenner.ch, 079 757 79 91

Frauen – die unsichtbaren Helferinnen in Gemeinde und Pfarrei während der Corona Krise

Regula Ott, Schweizerischer Katholischer Frauenbund SKF

Der Schweizerische Katholische Frauenbund SKF ist der Dachverband der katholischen Frauenorganisationen und vertritt rund 130'000 Frauen in der Schweiz. Organisiert in 18 Kantonalverbänden und 600 regionalen Frauengemeinschaften setzt er sich für die Verbesserung der Situation der Frauen in Politik, Gesellschaft und Kirche ein. Der SKF leistet Freiwilligenarbeit, unterstützt Frauen durch Bildung und ermöglicht sinnstiftendes Engagement. Auch die zentrale Aufgabengebiete des SKF bleiben von den Auswirkungen der Corona Krise nicht verschont. Die Haupterkenntnisse fasst dieser Artikel zusammen. Daneben gilt es zudem Gewalt in Familien und Paarbeziehungen sowie Arbeitsbedingungen in systemrelevanten Tätigkeiten zu analysieren.

Freiwilligenarbeit: Existierende Strukturen leisten einen wichtigen Beitrag

In vielen Gemeinden haben Frauengemeinschaften des SKF sehr rasch Unterstützungsdienste für ältere Menschen und Menschen der sogenannten Risikogruppen organisiert. Dies war nur möglich, weil bereits verlässliche Strukturen der Frauengemeinschaften des SKF vorhanden waren, auf die sehr rasch und effizient zugegriffen werden konnte. Viele Frauengemeinschaften boten bereits vor der Corona-Krise verschiedene Besuchsdienste für kranke oder ältere Menschen an. Diese Strukturen konnten einfach und unbürokratisch genutzt werden, da das Vertrauen bereits aufgebaut war und so einfach um Hilfe bei Einkäufen oder ähnlichem gefragt werden konnte. Die Corona-Krise zeigt deshalb die Bedeutung der Freiwilligenarbeit rund um die unbezahlte Care-Arbeit. Die aufgebauten regionalen Netzwerke vieler Frauenvereine verbanden bereits zahlreiche hilfsbedürftige Menschen mit Freiwilligen. Diese Netzwerke konnten in der Krise einfach für Unterstützungsdienste genutzt werden. So war es möglich, dass sich Risikopersonen aus dem öffentlichen Raum zurückziehen konnten.

Bei der Aufarbeitung der Corona-Krise gilt es, den Beitrag der Freiwilligenarbeit zu analysieren, um den bestehenden Forderungen nach mehr Anerkennung dieser Arbeit zusätzlich Gewicht zu verleihen. Frauengemeinschaften sollen von den Verantwortlichen in den Gemeinden und Pfarreien als zentrale Akteurinnen wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Zudem soll untersucht werden, wer sich als Freiwillige zur Verfügung stellte und dies u.a. nach Alter, Einkommen, Geschlecht und Arbeitssituation analysiert werden.

Armutsbetroffene Frauen in der Schweiz und im Ausland gezielt unterstützen

Schon vor der Corona Krise waren Frauen aufgrund struktureller Ungleichheiten stärker von Armut betroffen. Viele leben nahe der Armutsgrenze. Wie Caritas in ihrem Aufruf für Direktzahlungen an die Schwächsten am 29. April schreibt, hat die Corona-Krise fatale Folgen für Tieflohn-Haushalte, Alleinerziehende, Ausgesteuerte und Ausgegrenzte. Dies zeigt sich bereits bei den Anträgen an unser Hilfswerk «Solidaritätsfonds für Mutter und Kind» für armutsbetroffene Mütter und Familien. Vermehrt werden Anträge mit Bezug zur Corona-Krise gestellt. Auch in unserem Hilfswerk «Elisabethenwerk», bei

dem wir mit lokalen Organisationen in Uganda, Bolivien und Indien zusammenarbeiten, müssen wir davon ausgehen, dass armutsbetroffene Frauen am stärksten unter dem Ausbruch des Corona-Virus leiden.

Basierend auf unseren Erfahrungen durch das Hilfswerk «Solidaritätsfonds für Mutter und Kind» fordern wir, die Situation von armutsbetroffenen Menschen zu fokussieren und Massnahmen zu ergreifen, welche ihre finanzielle Notlage reduzieren. Zentral dabei ist, die Situation von wenig sichtbaren Gruppen wie z.B. Sans-Papiers zu verbessern. Wir fordern zudem – wie bereits in unserer Stellungnahme zur Vernehmlassung zur internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2021–2024 von 2019 – eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die IZA, Solidarität mit armutsbetroffenen Menschen und gezielte Stärkung der Zivilgesellschaft.

Care-Arbeit sichtbar machen und aufwerten

61 Prozent der unbezahlten Care-Arbeit in der Schweiz wird von Frauen geleistet. Dazu zählt auch die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen. Seit Corona beinhaltet Care-Arbeit auch Homeschooling, Unterstützung von Personen der Risikogruppen, Zubereiten von Mahlzeiten für alle, die von zuhause aus arbeiten und vieles mehr. Das Pensum der unbezahlten Arbeit hat sich in vielen Familien durch die Corona-Krise erhöht. Bei heterosexuellen Paaren werden diese Aufgaben sehr oft von Frauen übernommen. Studien des Bundesamtes für Statistik zeigen, dass Frauen in Paarhaushalten mit Kindern häufig ihr Erwerbspensum reduzieren oder sich ganz aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen. Das häufigste Familienmodell besteht aus einem vollzeiterwerbstätigen Vater und einer teilzeiterwerbstätigen Mutter. Dieses Modell lebten 2018 die Hälfte aller Familien mit dem jüngsten Kind unter 3 Jahren und 60 Prozent aller Familien mit dem jüngsten Kind zwischen 4 bis 12 Jahren. Es braucht nun Analysen der Verteilung der zusätzlich notwendigen Care-Arbeit in Familien während der Corona-Krise nach Geschlecht.

Der SKF wird sich weiterhin für mehr Sichtbarkeit der unbezahlten Care-Arbeit von Frauen in der Schweiz einsetzen. Eines unserer 5-Jahres-Schwerpunktthemen fordert genau dies. Wir hoffen, dass die Definition systemrelevanter Aufgaben in der Corona-Krise, welche sehr oft im Bereich der Care-Arbeit liegen, genutzt wird, um die bezahlte und die unbezahlte Care-Arbeit aufzuwerten. Ihre gesellschaftliche Bedeutung soll im Fokus stehen, um Forderungen nach mehr Lohn und besseren Arbeitsbedingungen im bezahlten Bereich. Ebenso muss die unbezahlte Care-Arbeit aufgewertet und in politische Diskussionen über Elternzeit, Teilzeitarbeit und Altersvorsorge berücksichtigt werden.

Frauen in der katholischen Kirche gleichberechtigten

Seit dem 2. Vatikanischen Konzil gelten die folgenden Bereiche als die vier Grundvollzüge der katholischen Kirche: Diakonie (für andere sorgen und ihre Not und Bedürftigkeit lindern), Koinonie (Gemeinschaft stiften und am Leben einer geschwisterlichen Gemeinde teilhaben und mitwirken), Martyrie (frohe Botschaft von Jesus Christus verkünden, im Alltag leben und auch politisch wirksam werden lassen), Liturgie (Gottesdienst feiern). In allen vier Bereichen sind Frauen der Frauengemeinschaften tätig und sorgen dafür, dass Kirche nicht lediglich auf das Feiern von Gottesdiensten reduziert wird. Gerade in der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass insbesondere das Engagement in den Bereichen

der Sorge für andere und der Gemeinschaft sehr wichtig und notwendig ist. Genau darin wurden Frauengemeinschaften und Pfarreien in dieser Zeit von der Öffentlichkeit stark wahrgenommen.

Die ungleiche Machtverteilung zwischen Frauen (und auch Männern, die nicht Kleriker sind) und Klerikern (geweihten Priestern) kumuliert sich in der katholischen Kirche in der Liturgie und spezifisch in der Eucharistie (Abendmahl), die nur von Priestern gehalten werden darf. Nicht erstaunlich, dass darum aus Klerikerkreisen der Ruf nach einer Wieder-Zulassung des Feierns von Gottesdiensten rasch laut wurde. Viele Frauen und Frauengemeinschaften haben die Chance ergriffen, durch ihr Engagement in der Corona-Zeit zu zeigen, dass Kirche eben nicht nur Liturgie bedeutet und dass die anderen Bereiche (sich umeinander sorgen, Gemeinschaft auch auf Distanz leben) in einer solchen Krise überlebenswichtig sind. Die virtuellen Gottesdienste in der Corona-Zeit wurden mehrheitlich von Klerikern, d.h. von geweihten Männern geleitet. Frauen spielten lediglich Nebenrollen. Doch gibt es auch Frauen, die in dieser Zeit als Ausdruck ihrer Selbstermächtigung neue liturgische Formen entwickelten.

SKF-Frauen prägen das Leben in den Pfarreien massgeblich in allen vier Grundvollzügen. Für sie ist Kirche nicht nur auf Liturgie fixiert. Das kam in der Corona-Zeit stärker zum Vorschein. Die Frauen zeigten sich auch in der Kirche als systemrelevant. Darum fordern wir nachdrücklich die volle Gleichberechtigung in allen Bereichen der Kirche und setzen uns gegen eine Fixierung auf die Liturgie als wichtigsten Ausdruck von Kirche ein.

Technologie in der Freiwilligenarbeit ergänzend nutzen

Viele Angebote der Frauengemeinschaften sind im Bereich der Care-Arbeit und erfordern einen physischen Kontakt. Ausweichmöglichkeiten wurden in digitalen Formen wie Videokonferenzen gefunden. Und auch bei der Vereinsführung an sich musste durch das Versammlungsverbot auf digitale Formen der Zusammenarbeit ausgewichen werden.

Es ist dem SKF ein Anliegen, dass bei der Entwicklung der Software verschiedene Realitäten berücksichtigt werden, damit die Technologien u.a. auch von älteren Menschen, Menschen die sich das beispielsweise aufgrund von Rollenstereotypen weniger zutrauen oder von Menschen mit motorischen oder Sehbeeinträchtigungen genutzt werden können. Ansonsten ist zu befürchten, dass bestehende Ausgrenzungen in unserer Gesellschaft akzentuiert werden. Zudem kann die Digitalisierung Vereinzelung und Einsamkeit verstärken. Etwas gemeinsam bewirken zu können ist einer der wichtigsten Motivationsgründe für Menschen, sich in der Freiwilligenarbeit zu betätigen, wie Studien des Freiwilligenmonitors zeigen. Zentral deshalb, dass das Gemeinsame auch erfahren wird. Wir sind überzeugt, dass reale Treffen nicht ersetzt werden können, dass aber digitale Formen als Ergänzung genutzt werden sollen.

Regula Ott, Regula.Ott@frauenbund.ch, 076 430 90 61

Frauen sind von der Corona Krise überdurchschnittlich betroffen

Andrea Gisler, alliance F, Bund Schweizerischer Frauenorganisationen

alliance F ist die Stimme der Frauen in der Schweizer Politik. Wir machen Interessenvertretung, um die Gleichstellung von Frau und Mann zu realisieren – in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und in der Politik. Wir sind über 100 Frauenorganisationen, die sich vor 120 Jahren zu einem Dachverband zusammengeschlossen haben. Zu unseren Mitgliedern zählen Frauen (und Männer) aus allen grossen politischen Parteien, darunter aktive und ehemalige National-, Stände- und Bundesrätinnen.

Erste Erkenntnisse aus der Corona Krise liegen vor. Im Folgenden halten wir drei zentrale Beobachtungen fest und richten Empfehlungen an die Politik.

1. Pflegepersonal unterstützen

Aktuell sind 80 Prozent der Beschäftigten in der Pflege Frauen. Oftmals sind sie mit unbefriedigenden Arbeitsbedingungen konfrontiert. Dazu gehören: die ständig geforderte Flexibilität, unregelmässige Arbeitszeiten, niedrige Löhne und kaum oder gar nicht anerkannte Kompetenzen. Die aktuelle Covid-19-Pandemie führt bei der Berufsgruppe der Pflegenden zu zusätzlichen Belastungen. Der Mangel an Schutzmaterial, die Aufweichung der Arbeits- und Ruhezeiten und die Abhängigkeit der Schweiz von ausländischen Gesundheitsfachkräften sind nur einige der Punkte, die der Pflegefachverband SBK-ASI kürzlich in einem offenen Brief an das Bundesparlament kritisiert hat. Die Corona-Krise verschärft die politische Diskussion zur Situation der Pflegenden zu einem sensiblen Zeitpunkt: Aktuell berät das Parlament den indirekten Gegenvorschlag zur «Volksinitiative für eine starke Pflege». Der Gegenvorschlag sieht zwar Verbesserungen vor, etwa bei der Finanzierung von Ausbildungsgängen (aktuell bildet die Schweiz nicht einmal die Hälfte des benötigten Pflegefachpersonals aus) oder bei der Anerkennung von Kompetenzen, dies jedoch ohne die Arbeitsbedingungen substantiell zu verbessern. Die Pflegenden finden klare Worte: «Applaus allein genügt nicht!». Sie empfehlen der Politik auf die Pflegenden und ihre Anliegen zu hören und beim hängigen politischen Geschäft zu zeigen, dass es ihr mit der Aufwertung der Pflege ernst ist.

2. Mehr Frauen in Entscheidungsgremien

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig gute Führung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gerade in Ausnahmesituationen ist. Sie bestätigt aber auch, dass gemischte Gremien erfolgreicher führen als reine Männergremien. alliance F setzt sich seit 120 Jahren dafür ein, dass sich Frauen in der Schweiz in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft besser einbringen können. Denn auch die Forschung bestätigt: das grosse Knowhow und die vielfältigen Erfahrungen, die Frauen mitbringen, sind unabdingbar, um bessere Lösungen zu finden. Politisches Talent beschränkt sich nicht einseitig auf die männliche Hälfte der Bevölkerung. alliance F hat aus diesen Gründen vergangenes Jahr – gemeinsam mit Ope-

ration Libero –das Projekt «Helvetia ruft!» initiiert und durchgeführt. Mit Erfolg! Im Nationalrat (der aufgrund der «besondere Lage» derzeit mit reduzierten Kompetenzen ausgestattet ist) politisieren heute 84 Frauen. Das sind rekordhohe 42 Prozent. Im Bundesrat sitzen seit 2018 wieder drei kompetente Politikerinnen. Sie treten während der Corona-Krise führungsstark auf. Tatsächlich scheinen Länder, in denen gemischte Gremien an der Spitze stehen, die Krise besser zu meistern. Deutschland, Neuseeland, Finnland, Dänemark und Island gehören zu jenen Staaten, die umsichtig handeln und die Pandemie erfolgreich bekämpfen. Wie die Handelszeitung kürzlich feststellte, sind in diesen Ländern «niedrige Infektionsraten und/oder wenige Todesfälle» zu verzeichnen. Auf der anderen Seite stehen Staatschefs wie Trump, Bolsonaro oder Orban, die in der Corona-Krise auf Autorität und Kriegsrhetorik setzen und ihre eigenen Interessen verfolgen. Dass in der siebenköpfigen «Swiss National COVID-19 Science Task Force», dem wissenschaftlichen Expertengremium, das den Bundesrat in der Krise berät, nur gerade eine Frau Einsitz hat, ist ein Affront und er hat System. In der deutschen «Nationalen Akademie der Wissenschaften» sind von 26 Experten gerade mal zwei Frauen. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Politik davon auszugehen scheint, dass die Kinderbetreuung nebenher zu Hause geleistet werden kann und es keine Notfallbetreuungsangebote braucht. Es besteht die Gefahr, dass Familien in alte Rollenmuster zurückgedrängt werden und es die Frauen sind, die sich um Kinder und Haushalt kümmern und beruflich zurückstecken.

3. Häusliche Gewalt bekämpfen

In vielen Ländern weltweit hat die häusliche Gewalt gegen Frauen während der Corona-Krise zugenommen. So sind etwa in Frankreich Anrufe bei der Polizei wegen häuslicher Gewalt um 30 Prozent angestiegen – ähnlich ist es in Grossbritannien, Spanien, Indien und China, wo laut Hilfsorganisationen und Behörden ebenfalls mehr Hilferufe registriert werden. Doch auch in Ländern wie der Schweiz, wo die Kriminalstatistik zum aktuellen Zeitpunkt (Mitte April 2020) noch keine wesentliche Zunahme von Gewalthandlungen gegen Frauen ausweist, ist Entwarnung fehl am Platz: Wie Katja Niemeyer, Leiterin der Frauenhauses Winterthur, gegenüber dem Schweizer Radio und Fernsehen SRF erklärt, wird ein Anstieg erwartet. «Das ist etwas, das wir beispielsweise gerade über die Feiertage oder in Ferienzeiten öfter beobachten», erklärte Niemeyer gegenüber SRF. «Die Anrufe kommen dann meistens nach den Feiertagen oder den Ferien. Das heisst, wenn der Gefährder nicht mehr zu Hause ist und das Opfer überhaupt die Möglichkeit hat, Hilfe zu holen.» Auch hier muss die Politik handeln. Insbesondere muss der Bundesrat den Appell der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates ernst nehmen. Die Kommission begrüsst ausdrücklich die Einsetzung einer national koordinierten Taskforce des Bundes zum Schutz vor häuslicher Gewalt in Corona-Zeiten. Weiter fordert die Kommission mit Recht, die Taskforce fortzuführen und weitere finanzielle Mittel für die Aufrechterhaltung des Beratungsangebots einzusetzen.

Kontakt: Andrea Gisler, Vorstandsmitglied alliance F, agisler@pingnet.ch, 079 282 99 23